

Amerikanische Militärpolitik in Zentralasien und ihre Folgen

Autor(en): **Hochuli, Alexandre**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **179 (2013)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-327647>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Amerikanische Militärpolitik in Zentralasien und ihre Folgen

Durch den NATO-Abzug aus Afghanistan bis Ende 2014 erhalten die zentralasiatischen Staaten als Transitländer des Rückschubs einen bedeutenden Einfluss auf die regionale Politik der USA. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass dieser Einfluss von den Staaten Zentralasiens seit über einem Jahrzehnt bewusst gesteuert wurde und sich in Zukunft weiter verstärken wird.

Alexandre Hochuli

Nach dem Zerfall der Sowjetunion entwickelten sich die zentralasiatischen Staaten – Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan – auf unterschiedliche Weise. Während Tadschikistan von 1992–1996 in einem Bürgerkrieg versank und Usbekistan wie auch Turkmenistan bis heute streng autoritär geführt werden, errang Kirgistan aufgrund einer liberalen, demokratischen Verfassung schnell den Namen «Schweiz Zentralasiens». Diese Bezeichnung wird allerdings aufgrund der korrupten Regierungsgeschäfte der kirgisischen Elite ein Wunschtraum bleiben. Für die USA verhalf die Öffnung dieser Staaten nach Westen jedoch zu neuen Möglichkeiten.

Doch erst mit der US-Intervention in Afghanistan erfuhr die zentralasiatische Region einen bedeutenden strategischen Aufmerksamkeitsschub durch den Westen. Trotz der Furcht Russlands, in «seinem» Hinterhof an Einfluss einzubüssen, errichteten die USA in Usbekistan (bei Karshi-Khanabad, unweit eines bestehenden russischen Luftwaffenstützpunktes) und in Kirgistan (als Teil des internationalen Flughafens von Bischkek) zwei Militärstützpunkte.

Die Bedeutung dieser Stützpunkte zeigt sich aus heutiger Sicht durch eine vierteilige operative Vorgabe des Pentagons für das Manas Transit Center in Kirgistan. Erstens dient die Basis als Startpunkt für die Luftbetankung der Air Force über Afghanistan, mit einer Reaktionszeit von sechs bis acht Minuten, was der Air Force erlaubt, beinahe rund um die Uhr Einsätze in Afghanistan fliegen zu können (air refueling). Die zweite und dritte Vorgabe betrifft den personellen Nachschub (onward movement und airlift). Da es kommerziellen Fluggesellschaften nicht erlaubt

ist, Soldaten direkt ins Konfliktgebiet zu fliegen, werden diese zuerst zum Transit Center transportiert, wo sie dann per C-17 Globemaster nach Afghanistan geflogen werden. Die vierte Vorgabe konzentriert sich auf Entwicklungs- und Partnerschaftsbeziehungen mit der kirgisischen Regierung (theater security cooperation)¹.

Vor allem die letzte Vorgabe stellt die Krux der Regionalpolitik dar. Als Kompensation für die Truppenstationierung stellte die US-Regierung von Beginn weg den beiden zentralasiatischen Staaten grosszügige Rüstungs- und Entwicklungsprogramme in Aussicht, welche vom amerikanischen Kongress jeweils an demokratische Fortschritte gekoppelt wurden. Zwischen 2001 und 2004 erhielt Kirgistan durch unterschiedlichste Programme des US-Aussendepartements und des Pentagons im Zusammenhang mit der Luftwaffenbasis weit über 240 Millionen US-Dollar². Das Pentagon unterhielt dabei zusätzliche Finanzierungsprogramme, auch ziviler Natur, welche normalerweise nur durch das Aussendepartement vergeben werden und welche nur durch inoffizielle Schätzungen approximiert werden können³.

Usbekistan erhielt im gleichen Zeitraum ca. 500 Millionen US-Dollar⁴. Zum Vergleich: Südafrika erhielt über die letzten vier Jahre ca. 300 Millionen US-Dollar an offiziellen Entwicklungsgeldern.

Für beide Staaten ermöglichten diese Programme jedoch entgegen den Vorgaben des US-Kongress vor allem die Zementierung ihrer Macht. Beide Staaten begingen regelmässig Menschenrechtsverletzungen, was jedoch kaum zu Änderungen der Aussen- und Sicherheitspolitik der Administration Bush führte; die sicherheitspolitischen Vorteile übertrafen langfristige Entwicklungsmöglichkeiten der Region.

2005 jedoch veränderte sich die innenpolitische Lage beider Host-Nationen derart, dass die US-Regierung die Konsequenzen nicht mehr ignorieren konnte.

In Kirgistan wurde der Präsident nach Manipulationsvorwürfen bei den Wahlen im März 2005 durch die Opposition verjagt, während sich in Usbekistan Präsident Karimov einer wachsenden, gewaltbereiten Bevölkerung gegenüber sah. Am 13. Mai 2005 verübten usbekische Sicherheitskräfte bei einer Demonstration der Bevölkerung ein Massaker mit mehreren hundert Toten. Darauf forderte der



US Army Truppen auf dem Weg von Kirgistan nach Afghanistan.

Bild: Stacy Moless/Air Force

amerikanische Kongress eine unabhängige Untersuchungskommission, worauf Usbekistan die USA aufforderte, die Basis in Karshi-Khanabad innert hundert Tagen zu verlassen.

In Kirgistan wiederum konnten die USA den Stützpunkt zwar halten, wenn auch mit Forderungen der neuen Regierung unter Präsident Bakijew, Zahlungen zur Nutzung der Basis um ein Vielfaches zu erhöhen oder sich mit der Schliessung derselben konfrontiert zu sehen. Von diesem Zeitpunkt an wurde die Stationierung der US-Truppen in der kirgisischen Innenpolitik regelmässig zur Debatte gebracht, stets zum

Vorteil der jeweiligen Machtinhaber. Nicht zuletzt konnte sich diese durch lukrative Treibstoffverträge mit den USA den Löwenanteil der Erträge an der Nutzung der Luftwaffenbasis ergattern. Hinzu kam die Tatsache, dass Russland 2003 nur 20 km von Manas entfernt ebenfalls eine Luftwaffenbasis errichtete und so die amerikanische Zentralasien-Politik unter Druck setzte. Für die kirgisische Regierung war es nun noch lukrativer, die USA und Russland mithilfe von Forderungen gegeneinander auszuspielen.

Diese Entwicklung zeigt auf, wie geschickt sowohl Usbekistan als auch Kirgistan ihre innenpolitische Macht durch bilaterale Militärabkommen zu konsolidieren wussten. Mithilfe der Verträge zur Nutzung der Luftwaffenbasis konnten in der Frühphase der Afghanistan-Intervention die USA als neuer Sicherheitspartner gefunden und Russland als traditionelle Regionalmacht verdrängt werden. Dies funktionierte jedoch nur so lange, wie sich die beiden Host-Nationen in ihrer innenpolitischen Macht gestärkt fühlten.

Im Falle des usbekischen Herrschers führte diese Wahrnehmung 2005 zur Gefahr, aus dem Amt gedrängt zu werden, weswegen den Amerikanern die Tür gewiesen wurde und sich die Aussenpolitik wieder weg vom Westen und hin zu Russland orientierte. Im Falle Kirgistans geschah diese Rückbesinnung bereits ab 2003, was jedoch den Sturz der Regierung Akajew 2005 nicht verhindern konnte. Die neue Regierung wusste die Forderungen der vorherigen dann aber stark auszubauen.

Nach dem Verlust der usbekischen Basis und dem angespannten Verhältnis zu Kirgistan zeigten sich die USA zunehmend in einer passiven Rolle. Über innenpolitische Konflikte wie die ethnischen Unruhen 2010 im Süden Kirgistans wurde ebenso sehr hinweggesehen wie über die Tatsache, dass die isolationistische Politik des usbekischen Präsidenten kaum mehr einer westlichen Kritik ausgesetzt war. Mehrere Versuche der USA, mit Usbekistan ein erneutes Militärabkommen zur Stationierung von Truppen abzuschließen, scheiterten bis heute.



ISAF-Routen von und nach Afghanistan.

Bild: IJSS.org

Doch die Organisation des Nachschubs der ISAF-Truppen von und nach Afghanistan lässt aufgrund der noch schlechteren politischen Situation mit Iran und Pakistan kaum eine halbwegs akzeptable Alternative zu Zentralasien zu. Hinzu kommt, dass die usbekisch-afghanische Grenze nach wie vor die einzige ist, welche über eine Zugverbindung mit Anschluss an den Luftwaffenstützpunkt der Bundeswehr in Termez (Südsusbekistan) verfügt, logistisch ein immenser Vorteil. Aus diesem Grund eröffneten die USA 2009 als Alternative zur pakistanischen Route das Northern Distribution Network (NDN), um Militärgüter vor allem auf Schiene und Strasse über die nördlichen Nachbarn zu leiten. Der Hin- und Rückschub für die ISAF-Mission geschieht hierbei entweder über Usbekistan oder Kirgistan nach Russland und weiter zur Nordsee oder über Kasachstan, das Schwarze Meer und die Türkei ans Mittelmeer.⁵

Doch auch diese operative Vorgabe weiss vor allem der usbekische Herrscher zu seinen Gunsten zu nutzen. Seit der Abzugstermin der ISAF-Truppen feststeht erhöhte Usbekistan die Transport-Tarife pro Einheit massiv. Unabhängige Berechnungen gehen von 2000 US-Dollar pro Container gegenüber deren 250 US-Dollar bei der Route durch Pakistan aus. Die NATO wird bis zum Abzug über 2000 Container und Fahrzeuge pro Monat aus Afghanistan abtransportieren, über 400 davon allein durch Usbekistan.⁶

Über Kirgistan wird ein Grossteil der Lufttransporte laufen. Da es allerdings kei-

ne kirgisisch-afghanische Grenze gibt, müssen diese Güter bereits dorthin geflogen werden, was die Transportkosten massiv steigert. Diese Gegebenheiten führten bis anhin so weit, dass sich einerseits Nachbarstaaten wie Turkmenistan in dieses Profitgebaren eingereicht haben und andererseits eine Anfrage der deutschen Bundeswehr, ihre Güter allenfalls über den iranischen Hafen Bandar Abbas zu verschiffen, von den USA gutgeheissen wurde.⁷

Mittelfristig wird sich das vom Spardruck betroffene Pentagon den Forderungen Kirgistans und Usbekistans alternativlos ausgesetzt sehen. Langfristig müssen sich die USA eingestehen, dass ihre Strategie in der Zentralasienpolitik kaum den erhofften Einfluss in der Region gebracht hat. ■

- 1 Marshall, Tyrone C. Jr. (15.12.2012): Manas Transit Center Facilitates Success in Afghanistan (<http://www.defense.gov/News/NewsArticle.aspx?ID=118809>) Zugriff: 17.12.2012
- 2 Quelle: <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/2924.htm>; eigene Berechnungen
- 3 Beispiele hierfür sind Anti-Drogen-Operationen, Rüstungsverkäufe und militärische Ausbildungsprogramme
- 4 Lumpe, Lora (2010): U.S. Military Aid to Central Asia, 1999–2009: Security Priorities Trump Human Rights and Diplomacy. Open Society Foundation, Occasional Paper Series, 1(1): S. 1–45
- 5 Miles, Donna (28.11.2012): Afghanistan Supply Network Provides Economic Opportunity, American Forces Press Service (<http://www.defense.gov/news/newsarticle.aspx?id=118653>) Zugriff: 21.12.2012
- 6 Kucera, Joshua (21.11.2012): U.S. Mapping Out of Afghanistan Exit, Eurasianet.org (<http://www.eurasianet.org/node/66209>) Zugriff: 21.1.2013; USTRANSCOM
- 7 Tynan, Deirdre (10.2.2011): Uzbekistan: Did Karimov Tantrum Prompt NDN Transit Fee Hike?, Eurasianet.org (<http://www.eurasianet.org/node/62872>) Zugriff: 3.1.2013



Alex Hochuli
lic. phil.
Projektmitarbeiter
MILAK
8903 Birmensdorf ZH